

Neustadt soll am Samstag leuchten

Das Bündnis gegen rechts lädt zur Demonstration auf dem Marktplatz ein

VON PATRICK LAUER

NEUSTADT - Auch in Neustadt wird eine Demonstration für Demokratie und gegen rechtsextreme Umtriebe stattfinden. Termin dafür ist der kommende Samstag, 24. Februar, ab 17 Uhr, Ort der Veranstaltung der Neustädter Marktplatz. Das als Veranstalter auftretende „Bündnis gegen Rechts im Landkreis“ gibt das Motto vor: „Neustadt leuchtet bunt“.

Wie Corinna Gräßel seitens der Veranstalter mitteilte, schließen sich zahlreiche Gruppierungen und Organisationen dem Aufruf zur Demonstration an. Neben Bürgermeister Klaus Meier sind dies der Imkerverein Oberer Ehegrund, das Dekanat Neustadt, der Ortsverein und der Kreisverband der SPD sowie die Frauenorganisation der Sozialdemokraten, die Jusos, der Jugendtreff Lazarett, die evangelische Jugend, die Caritas, der Posaunenchor, Bündnis 90/Die Grünen, der Kreisjugendring, der Bund Naturschutz, die Stadtkapelle Frankenland, der Landesbund für Vogelschutz, der Bund Naturschutz, der Seelsorgebereich Oberer Aischgrund und der Kulturverein Neustadt.

CSU begründet ihre Abwesenheit

Nicht als Mitveranstalter aufgeführt sind hingegen der Ortsverband der CSU und Neustadts Freie Wähler. Seitens der Christsozialen begründet dies Vorsitzender Richard Dollinger damit, dass man sich bei der CSU „bis in die Bundesorganisation hinein“ einig darüber sei, dass man den Begriff „Bündnis gegen Rechts“ ablehne. Die Unionsparteien definierten sich seit jeher als „rechts“ im Sinne von „konservativ“ und hätten deshalb Vorbehalte gegen den Namen des genannten „Bündnis gegen Rechts“.

Würde die Veranstaltung unter dem Titel „Demo gegen Extremismus“ fungieren, hätte man keinerlei Probleme, sich als CSU-Ortsverband anzuschließen, wobei Dollinger dabei auch den Links- und den islamischen Extremismus mit erwähnt haben will. Tatsächlich, so Dollinger weiter, gehe es doch primär um eine Demo gegen die AfD, deren Demokratieverständnis und deren Pläne zum Umgang mit ausländischen Mitbürgern seine Partei selbstverständlich entschieden ablehne.

Die Frage, die sich ihm nun persönlich stelle, sei, ob man mit einer solchen Kundgebung diese Partei nicht aufwerte. „Die gesamte Politik, und da schließe ich die Union ausdrücklich mit ein, muss ihre Politik in Bund und Land verändern, sonst treiben wir die Wähler nur dahin.“ Der Neustädter Ortsverein der Freien Wähler war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Gräßel rechtfertigt den Bündnisnamen

In einer Rundmail, die der Redaktion vorliegt, zeigte sich Corinna Gräßel als Organisatorin der Demo enttäuscht über diese Entscheidung der CSU und der Freien Wähler. Die Bezeichnung „gegen rechts“ sei „in dem Sinne zu verstehen, wie auch Verfassungsschutz und Politik den Begriff ‚rechts‘ nutzen, wenn etwa vom ‚Vernetzungstreffen rechter Kräfte‘ die Rede ist.“ Die demokratische Gegenposition zu progressiv, sozial und liberal sei nicht rechts, sondern konservativ, so Gräßel.

Es sei, so Gräßel weiter, nicht so einfach, die Begrifflichkeit „gegen rechts“ zu ersetzen durch „gegen rechtsextrem“. Denn die AfD sei offiziell noch nicht überall als „rechts-extremistisch“ eingestuft. „Würden wir uns auf rechtsextremistisch beschränken, dürften wir uns daher derzeit zum Beispiel nicht gegen die



Rund 600 Menschen hatten sich zur ersten Auflage der bundesweit stattfindenden Demonstrationen gegen die extreme Rechte vor gut zwei Wochen in Bad Windsheim (Foto) versammelt – auf eine ähnliche Zahl hoffen die Veranstalter jetzt auch für die Kundgebung am kommenden Samstag in Neustadt. Foto: Hans-Peter Glanz

AFD in Bayern oder im Bund positionieren.“

Ebenfalls nicht mit von der Partie sein wird der Bayerische Bauernverband (BBV). Jürgen Dierauff, Kreisobmann der Organisation, begründete dies damit, dass die BBV-Gremien beschlossen hätten, „sich politisch nicht außerhalb unserer berufsständischen Themen zu positionieren“. Im Klartext: So lange es nicht um landwirtschaftliche Inhalte oder Fragen gehe, werde sich der BBV, der grundsätzlich eine Interessensgemeinschaft der Landwirte ohne politische Ausrichtung sei, nicht äußern.

Zwar äußerte Dierauff durchaus persönliche Sympathie für das Anliegen der Kundgebung und schloss seine Beteiligung als Privatmann auch nicht aus, doch warb er um Ver-

ständnis für die Position des BBV. Auch bei den Bauernprotesten der vergangenen Wochen im Landkreis habe man strikt darauf geachtet, dass sich keine politischen Parteien, Gruppierungen oder Organisationen „mit anhängen“ und auch Transparente, Banner oder andere Bekundungen parteipolitischen Inhalts seien stets unerwünscht gewesen. Dieser Linie, so Dierauff, wolle man treu bleiben. Im vormals erwähnten Rundschreiben an die Mitveranstalter äußerte Corinna Gräßel Verständnis für diese Haltung. „Das ist okay für mich, wir haben das Angebot gemacht.“

Die Kundgebung auf dem Neustädter Marktplatz wird am Samstag um 17 Uhr beginnen. Sie reiht sich ein in eine Vielzahl von Demonstrationen

im gesamten Bundesgebiet in den vergangenen Wochen, die unter dem Stichwort „Nie wieder ist jetzt“ vor allem dazu aufriefen, klar Stellung zu beziehen gegen die publizierten Bestrebungen rechtsextremer Kräfte, ausländische Mitbürger im großen Stil zu deportieren – beschönigend als „Remigration“ bezeichnet.

Die Teilnehmer werden – getreu dem Motto „Neustadt leuchtet bunt“ – dazu aufgefordert, Lichterketten, Laternen, Taschenlampen oder ähnliches mitzubringen. Laut Corinna Gräßel wolle man mit der Neustädter Kundgebung ein weiteres Zeichen setzen „für Demokratie und Menschenrechte, gegen rechte Bedrohung, Einschüchterung und Unterwanderung unserer friedlichen, vielfältigen Gesellschaft“.